



---

## Niederschrift über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung (StA/XVI/013/2016)

**Sitzungstermin:** Donnerstag, den 21.04.2016  
**Sitzungsbeginn:** 17:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:27 Uhr  
**Ort, Raum:** Rathaus-Neubau, Zimmer 413

### Anwesend:

#### Vorsitzende/r

Herr Hans Fricke

---

#### stellv. Vorsitzende/r

Herr Paul Foest

---

#### Ausschussmitglieder

Herr Bonné Harms

---

Herr Jochen Kruse

---

Herr Gerd Lübbers

---

Herr Bruno Schachner

---

Herr Heinz Dieter Schmidt

---

#### Ratsmitglieder

Herr Walter Düngemann

Vertreter für Herrn Rebels

---

Frau Ursel Nimmrich

Vertreterin für Herrn Heinrichsdorff

---

Herr Clemens Ressmann

Vertreter für Herrn Winkler

---

#### beratende Mitglieder

Herr Joachim Heemsoth

---

Herr Wilhelm Mohr

---

Frau Erika Spier

---

Herr Fritz Zitterich

---

### **Verwaltung**

Herr Jens Bachmann

---

Herr Holger Möse

---

Herr Carsten Schoch

Stadtbaurat

---

Frau Alexandra Wienekamp

---

### **Verwaltung AöR**

Herr Claus-Peter Horst

---

### **Gäste**

Herr Paul Roosmann

IPS Projekte GmbH & Co. KG, Lingen zu TOP 5

---

Frau Tanja Roosmann

IPS Projekte GmbH & Co. KG, Lingen zu Top 5

---

Frau Spille

NWP Oldenburg zu TOP 9

---

### **Abwesend:**

### **Ausschussmitglieder**

Herr Ulf-Fabian Heinrichsdorff

---

Herr Ernst Gerold Rebels

---

Herr Michael Runden

---

Herr Christian Winkler

---

### **beratende Mitglieder**

Herr Eerke-Ivo Bruns

---

### **stellv. ber. Mitglieder**

Frau Ellen Benke

---

Herr Erhard Dänekas

---

### **Verwaltung**

Frau Beatrix Kuhl

---

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Tagesordnung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung vom 27.01.2016 (StA/XVI/011/2016)
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung vom 17.02.2016 (StA/XVI/012/2016)
- 4 Einwohnerfragestunde zu den vorgesehenen Tagesordnungspunkten
- 5 Vorhaben auf dem MZO-Gelände  
- Vortrag
- 6 Groß-Carré - Sachstandsbericht
- 7 Bebauungsplan Nr. 223 für ein Gebiet nördlich des Ostersteiges, Parkplatz P4  
- Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: 2.61/XVI/1223/2016
- 8 Bebauungsplan 221 - für einen Bereich zwischen Vaderkeborg, Ledastraße und Georgstraße  
- Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB i.V.m. § 4 (1) BauGB  
Vorlage: 2.61/XVI/1230/2016
- 9 Hafenkopf  
- Beschluss zu den Vorentwürfen und zur frühzeitigen Beteiligung  
A) 83. Änderung des Flächennutzungsplanes „Hafenkopf“,  
B) Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 13A „Hafenkopf-Nord“,  
C) Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 13B „Hafenkopf-Süd“  
Vorlage: 2.61/XVI/1229/2016
- 10 Baugebiet Logabirumer Anger  
-Sachstandsbericht
- 11 Informationen
- 12 Anfragen
- 13 Einwohnerfragestunde zu den behandelten Tagesordnungspunkten

## Öffentlicher Teil

### **TOP 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Tagesordnung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Fricke eröffnete die Sitzung, stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er erläuterte, dass die Tagesordnung noch wie angekündigt um den Punkt Groß-Carré – Sachstandsbericht erweitert werde. Dieser sei dann TOP 5, alle anderen Tagesordnungspunkte würden entsprechend nach hinten rücken.

Herr Schmidt beantragte zu diesem TOP auch die anwesenden Vertreter des Klinikums hören.

Herr Schoch betonte, dass es bisher normal gewesen sei, so etwas in Absprache mit der Verwaltung vorzunehmen. Dies habe nicht stattgefunden.

Herr Fricke erläuterte, dass die Vertreter des Klinikums nach der Sachstandsdarstellung von Herrn Schoch zu Wort kommen sollten.

Zudem solle der bisherige TOP 1.1 des nicht öffentlichen Teils im öffentlichen Teil behandelt werden. Dieser TOP werde dann unter dem neuen TOP 11 behandelt.

### **Beschluss (einstimmig):**

1. Die Tagesordnung wird im öffentlichen Teil um den Tagesordnungspunkt 6 „Groß-Carré – Sachstandsbericht“ erweitert. Alle anderen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.
2. Der Tagesordnungspunkt 1.1 „Unterbringung von flüchtenden Menschen – Schaffung und Herrichtung von Unterkünften“ des nicht öffentlichen Teils wird unter dem dann neuen TOP 11 „Informationen“ im öffentlichen Teil behandelt.
3. Zum neuen Tagesordnungspunkt 6 „Groß-Carré – Sachstandsbericht“ sollen die im Publikum anwesenden Vertreter des Klinikums gehört werden.

### **TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung vom 27.01.2016 (StA/XVI/011/2016)**

#### **Beschluss (9 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung):**

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung vom 27.01.2016 (StA/XVI/011/2016) wird genehmigt.

### **TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung vom 17.02.2016 (StA/XVI/012/2016)**

#### **Beschluss (9 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung):**

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung vom 17.02.2016 (StA/XVI/012/2016) wird genehmigt.

#### **TOP 4      Einwohnerfragestunde zu den vorgesehenen Tagesordnungspunkten**

Es wurden keine Fragen gestellt.

#### **TOP 5      Vorhaben auf dem MZO-Gelände - Vortrag**

Herr Fricke begrüßte Frau Tanja Roosmann und Herrn Paul Roosmann von der Firma IPS Projekte aus Lingen und erteilte diesen das Wort.

Herr Roosmann bedankte sich für die Möglichkeit zur Vorstellung der Planung und erläuterte anhand einer Präsentation den derzeitigen Planungstand des Vorhabens. Im Anschluss bat er um Fragen.

#### **Protokollnotiz: Die Präsentation wird in Session eingestellt.**

Herr Düngemann fragte nach, ob nur Einzelzimmer vorgesehen seien.

Herr Roosmann bejahte dies und erläuterte, dass sich der private Bewohnerbereich aus einem 18 m<sup>2</sup> Zimmer und einem 5 m<sup>2</sup> Bad zusammen setze.

Herr Schachner empfand die Demenzeinrichtung als zu kompakt in diesem Gebiet. Diese Menschen bräuchten eher kleine Einheiten. Er kenne solche Einrichtungen mit Gruppen für sechs bis acht Personen und ggf. Familienangehörigen. Er sehe keinen Unterschied zu normalem Alten- und Pflegeheimen und habe sich etwas anderes erhofft.

Herr Roosmann betonte, dass das Haus aufgrund der erforderlichen Wirtschaftlichkeit für den Betreiber eine gewisse Größe haben müsse. Demenz sei bisher kaum erforscht und daher auch nicht wirklich bekannt, was die Betreuten denn bräuchten. Allerdings werde dieses Wissen ständig erweitert. Geplant sei ein „4 Sterne +“ Pflegeheim. Es gebe Gliederungen und Aufweitungen und es sei eine Orientierung an und mit Formen und Farben vorgesehen. Denkbar sei unter anderem das Anbringen von persönlichen Gegenständen an den Türen zu den Privaträumen. Die Bewohner würden diese wiedererkennen und dadurch ihr Zimmer / ihren Bereich finden. Bei Demenzbetreuung seien die Bewohnerzimmer eher Sekundärzimmer, da die Betreuung und das Leben überwiegend in den Gemeinschaftsbereichen stattfänden.

Herr Kruse teilte mit, dass ihm das Material und die Farbe der Außenfassaden nicht gefalle. Man sei hier in Ostfriesland und nicht in Bayern. Ergänzend bat er um Auskunft, ob die zur Bahn hin gelegene Terrasse offen für Aufenthalt der Bewohner sei.

Herr Roosmann bejahte dies. Alles was pulsire und sich bewege, wecke das Interesse der Bewohner. Dies habe sich in anderen Einrichtungen gezeigt und werde sich auch hier bestätigen, wenn der Betrieb aufgenommen werde.

Frau Nimmrich empfand die Bebauung zum Norden hin als sehr massiv und die Abstände zu den anderen Grundstücken als grenzwertig.

Herr Roosmann bemerkte, dass eng mit der Bauverwaltung zusammengearbeitet worden sei. Die vorgesehenen Abstände und Höhen passten. Es werde abgetrepppt von der „Schule“ in Richtung Wohnbebauung.

Herr Schmidt wies darauf hin, dass es heute um die Vorstellung der Planung des Vorhabens gehe. Hier sei nicht die Zeit zur inhaltlichen Diskussion. Er bat die Planung den Mitgliedern des Rates zur Verfügung zu stellen.

Herr Schoch erläuterte, dass der bebaute Bereich vorgeprägt sei. Die „Schule“ sei viergeschossig und das alte Rampengebäude dreigeschossig und sehr massiv. Im Bereich von § 34 BauGB werde auch die Höhenentwicklung beachtet. Es komme zu einer Vermittlung zwischen der „Schule“ und den Einfamilienhäusern. Der Bebauungsplan mit den Grundzügen werde voraussichtlich im nächsten Ausschuss vorgestellt.

Herr Foest bat um Mitteilung der Größe, des Grenzabstandes im Bereich der zweigeschossigen Bebauung, sowie der Gebäudehöhen in den Bereich der zwei- bis IV viergeschossigen Bebauung. Eine Antwort könne über die Niederschrift erfolgen.

### **Protokollnotiz:**

*Die Gebäudehöhen entlang der Großen Roßbergstraße betragen bei der „Schule“ 15,70 m und im Bereich der Einfamilienhäuser 8,50 – 10,00 m. Die Höhe des Staffelgeschosses beträgt beim Neubau 11,90 m, des dreigeschossigen Teils 9 m und des zweigeschossigen 6,10 m. Am 28.04.2016 hat eine Abstimmungsrunde mit den Investoren ergeben, dass der Baukörper in Richtung Süden verschoben werden wird, so dass sich die Abstände zur nördlich angrenzenden Wohnbebauung vergrößern werden. Darüber hinaus wird sich das Gebäude nach Norden hin weiter einstaffeln, so dass sich die Belichtung der Grundstücke verbessern wird.*

Herr Mohr bat um Auskunft, ob der Betreiber bereits feststehe.

Herr Roosmann erklärte, dass er mit mehreren Betreibern im Gespräch sei und um Verständnis bitte, dass er zum derzeitigen Stand der Planung diese nicht bekannt geben wolle. Es handele sich aber um erfahrene Betreiber, die bereits verschiedene Einrichtungen betrieben. Es gebe einen Betreiber aus der Region, der bevorzugt würde, aber auch noch zwei weitere Betreiber, die bundesweit tätig seien.

Herr Zitrach bat darum, die zu erwartende Beschattung darzustellen.

Herr Schachner fragte nach, ob der Bebauungsplan auf das Gebäude abgestimmt werde. Es sei ja auch Aufgabe des Ausschusses, über mögliche Alternativen zu reden.

Herr Schoch machte deutlich, dass ein Bebauungsplan in der Aufstellung nicht oder nur schwerlich in der Lage sei, sozialpolitische Konzepte über Baurechte umzusetzen. Es gebe bereits frühere Baurechte (Mischgebiet) für Anlagen mit gesundheitlichen Zwecken.

Herr Roosmann betonte, dass er durch einen Bebauungsplan in eine Zeitschiene eingebunden werde und bat den Stadtbaurat darum mitzuteilen, ob auch weiterhin eine Beurteilung des Vorhabens nach § 34 möglich sei, da ansonsten der gesamte Zeitraum von der Planung bis zur Umsetzung zu lang werde.

Herr Schoch betonte, dass es derzeit nach § 34 Baurechte gebe, es aber gleichzeitig ein Bebauungsplanverfahren geben solle. Nur so sei eine Zurückstellung möglich.

Sollte dies nicht kommen, werde es eine Prüfung nach § 34 BauGB im Bauantragsverfahren geben.

Herr Fricke bedankte sich bei Herrn und Frau Roosmann.

## **TOP 6      Groß-Carré - Sachstandsbericht**

Herr Schoch wies zunächst darauf hin, dass der aktuelle Stand im Ausschuss ja bekannt sei. Es gehe um fünf Baukörper mit 9000 m<sup>2</sup> Geschossfläche und 6.500 m<sup>2</sup> Nettонutzfläche. Es sei dann die Forderung gekommen, kleiner und niedriger zu bauen und die Zufahrt nicht über Annenstraße abzuwickeln. Die entsprechende Vorlage sei fertig gewesen. Am Mittwoch dem 13.04. sein ein Schreiben der Kliniken gekommen, in dem Herr Glienke eine Bruttogeschossfläche (BGF) von 14.600 m<sup>2</sup> darstellte. Daraufhin habe es am Morgen des 14.04. ein Gespräch im Rathaus gegeben, dass aber leider zu keinem Ergebnis geführt habe. Daher sei der Tagesordnungspunkt dann abgesetzt worden. Daraufhin habe er mit Herrn Fricke gesprochen, der darum gebeten habe, den Punkt auf der Tagesordnung zu lassen und statt der Behandlung der Beschlussvorlage einen Sachstandsbericht zu geben. Er habe ein Schreiben an Herrn Glienke gesendet, das deutlich mache, dass es eine Erweiterung der Einrichtung und auch die Chance hierzu, nur in Verträglichkeit mit den Anliegern des Quartiers gebe, wenn die Höhe begrenzt würde und nördlich und östlich abgestaffelt werde, um die Abschattung der Bestandsgebäude zu reduzieren. Zudem solle die zulässige Geschossfläche begrenzt werden. Hierzu sei auch eine Zeichnung ans Klinikum geschickt worden. Er sei jetzt doch überrascht, das Klinikum mit vier Vertretern hier zu finden. Bisher sei immer versucht worden, einen Ausgleich zwischen dem Klinikum und den Anliegern, auch mit der BI, zu finden.

Herr Schmidt fand es gut, dass Vertreter des Klinikums anwesend seien. Daten und Fakten seien in den letzten drei Jahren schon oft vorgestellt und diskutiert worden. Dem Konzept mit der Tunnelanbindung an das Klinikum hätte die SPD sogar zugestimmt.

Herr Fricke stellte die Frage, warum das letzte vorgestellte Konzept nicht umgesetzt werden könne. Er wies darauf hin, dass in der Niederschrift stehe, dass, falls es zu einer Einigung komme, der Ausschuss entscheide. Wenn also der Stadtbaurat vortrage, dass sollten dies jetzt auch die Kliniken tun.

Der Ausschuss war hiermit einverstanden (s.o. TOP 1).

Herr Glienke dankte und wies auf seinen eigenen Brief hin. Die ersten Grundstücke seien im März 2010 erworben worden. Er sei daraufhin auf die Stadt zugekommen um festzustellen was möglich sei. Hierzu habe es bis jetzt mehrere Jahre Abstimmungen mit der Stadt und dem Planungsbüro gegeben und eine Ausgabe von ca. 60.000 Euro Planungskosten. Es gehe grundsätzlich um mehrere Themen, wie z.B. Parkplätze, zusätzliche Anbieter für Gesundheitsleistungen, auch eigene Abteilungen bräuchten weitere Nutzflächen zur Weiterentwickeln auf der anderen Fläche (EDV, Labore, ...). Über eine Begrenzung der BGF sei in den letzten vier Jahren nicht gesprochen worden. Zuletzt sei eine Planung von ca. 14.600 m<sup>2</sup> durch Herrn Rettich vorgestellt worden.

Herr Schoch machte deutlich, dass die Frage zu klären sei, wieviel Baumasse das Quartier vertrage.

Herr Düngemann bat um Angabe eines zu erwartenden Zeitfensters für eine Einigung.

Herr Schoch verwies auf die Grundzüge der Planung. Es sei der Sinn eines Bebauungsplanes, die Städtebauliche Ordnung durch Art und Maß der möglichen zulässigen Bebauung zu steuern. Über die Art der Nutzung sei man sich ja einig. Hinsichtlich des Maßes sei abzuwägen, welche Größe in den Bereich passe. Oder noch deutlicher, bezogen auf die Angst der Anwohner im Bereich vor zu großen Baumassen, wieviel Klinikum vertrage das Groß-Carré.

Herr Schmidt betonte, es gelte selbstverständlich auch das Interesse der Bürger. Man müsse aber auch an das Klinikum denken. Der Ausschuss bzw. die Politik diskutiere, entscheide und werde die Anregungen abwägen.

**TOP 7      Bebauungsplan Nr. 223 für ein Gebiet nördlich des Ostersteiges,  
Parkplatz P4  
- Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: 2.61/XVI/1223/2016**

Herr Schmidt teilte mit, die SPD stimme mit dem Hinweis Erweiterung zu, dass die Parkplätze ebenerdig gebaut würden. In diesem Bereich gebe es bereits ein Parkhaus und eine Parkpalette sei dort nicht angemessen.

Herr Foest betonte, es müsse geprüft werden, was eine ebenerdige Erweiterung an zusätzlichen Parkplätzen ergebe. Sofern jemand die Parkpalette optisch nicht gefallen sollte, könne diese ja mit Grünanpflanzungen abgedeckt werden. Zudem bedeute eine Parkpalette weniger versiegelte Fläche.

Herr Schachner bemerkte, dass hier die Rede von wegfallenden Parkplätzen sei. Die Stellplätze auf dem Ernst-Reuter-Platz seien doch erst vor vier Wochen geschaffen worden und dienten jetzt mit dem Argument sie würden entfallen für den Neubau an dieser Stelle. Wenn es in Wirklichkeit keine Veränderung gebe, handele es sich eindeutig um die Schaffung neuer Parkplätze im Gebiet. Er halte es für eine Illusion, dass zusätzliche Parkplätze eine deutliche Stärkung für die Geschäfte in der unteren Mühlenstraße bedeuten. Sowohl das UEG als auch das TGG verfügten über eine große Zahl an Parkplätzen. Diese könnten doch ggf. an den Wochenenden für Innenstadtbesucher genutzt werden. Bedarf für zusätzliche Stellplätze gebe es doch ohnehin nur am Wochenende und nicht in der Woche.

Herr Fricke erinnerte daran, dass es hier um die Aufstellung eines Bebauungsplanes gehe. Was dann tatsächlich errichtet werde, sei im Verfahren zu klären.

Herr Ressmann erwiderte, dass doch immer davon gesprochen werden, dass gespart werden müsse. Die Aufstellung eines Bebauungsplanes koste jedoch enorme Zeit und Kraft der Mitarbeiter und auch durchaus eine Menge Geld. Wenn es klar sei, dass es unsinnig sei, dort Parkplätze zu bauen, sei es doch sinnvoll, mögliche alternative Flächennutzungen (UEG/TGG) zu prüfen, statt einen sinnlosen Bebauungsplan aufzustellen.

**Beschluss (8 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen):**



Die Aufstellung des Bebauungsplanes 223 für ein Gebiet nördlich des Ostersteiges, Parkplatz P4, (Plan Geltungsbereich: siehe Anlage zur Vorlage) wird beschlossen.

**TOP 8      Bebauungsplan 221 - für einen Bereich zwischen Vaderkeborg, Ledastraße und Georgstraße**  
**- Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB**  
**i.V.m. § 4 (1) BauGB**  
**Vorlage: 2.61/XVI/1230/2016**

Beschluss nach Vorlage ohne Aussprache.

**Beschluss (einstimmig):**

Die frühzeitigen Beteiligungen gemäß § 3 (1) BauGB i.V.m. § 4 (1) BauGB sollen mit dem vorliegenden Konzept zum Bebauungsplan 221 für einen Bereich zwischen Vaderkeborg, Ledastraße und Georgstraße (Anlagen 2 und 3 der Vorlage) durchgeführt werden.

**TOP 9      Hafenkopf**  
**- Beschluss zu den Vorentwürfen und zur frühzeitigen Beteiligung**  
**A) 83. Änderung des Flächennutzungsplanes „Hafenkopf“,**  
**B) Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 13A „Hafenkopf-Nord“,**  
**C) Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 13B „Hafenkopf-Süd“**  
**Vorlage: 2.61/XVI/1229/2016**

Frau Nimmrich fand die vorgesehene Firsthöhe von 30 m, die durch das vorhandene unterschiedliche Niveau an einigen Stellen sogar noch höher sei nicht passend. Wenn eine solche Höhe als Störung im Bereich MZO und Klinikum empfunden werde, dann müsse das auch hier gelten.

Herr Foest bat um eine genaue Erläuterung der Verkehrsführung.

Frau Spille erläuterte anhand des ausgehängt Planes die Verkehrsführung.

Herr Foest sah einen Widerspruch zwischen dem Plan und der Begründung. Laut Plan würden Einrichtungen für kirchliche und soziale Zwecke ausgeschlossen. Laut Begründung sollten diese nicht ausgeschlossen werden. Dies bedeute jedoch dann eine Zulassung.

Frau Spille erläutere, dass die entscheidende Festsetzung der Nichtzulassung der genannten Zwecke im entscheidenden Plan richtig als Ausschluss eingetragen sei. Der Text wird von ihr durchgesehen und entsprechend geändert.

**Beschluss (einstimmig):**

**A) 83. Änderung des Flächennutzungsplanes „Hafenkopf“**

- Der Geltungsbereich der 83. Änderung des Flächennutzungsplanes ist anzupassen
- Dem Vorentwurf zur 83. Änderung des Flächennutzungsplanes mit Begründung in der vorliegenden Form (Anlagen 1, 2 und 6 der Vorlage) wird zugestimmt. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sons-

tigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 (1) BauGB bzw. § 4 (1) BauGB soll durchgeführt werden.

#### **B) Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 13A „Hafenkopf-Nord“**

- Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 13A ist anzupassen
- Dem Vorentwurf zum Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 13A mit Begründung in der vorliegenden Form (Anlagen 3, 4, 5 und 6 der Vorlage) wird zugestimmt. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 (1) BauGB bzw. § 4 (1) BauGB soll durchgeführt werden.

#### **C) Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 13B „Hafenkopf-Süd“**

- Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 13B ist anzupassen
- Dem Vorentwurf zum Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 13B mit Begründung in der vorliegenden Form (Anlagen 3, 4, 5 und 6 der Vorlage) wird zugestimmt. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 (1) BauGB bzw. § 4 (1) BauGB soll durchgeführt werden.

### **TOP 10 Baugebiet Logabirumer Anger -Sachstandsbericht**

Herr Schoch berichtete von einer Besprechung beim Landkreis Leer am 19.04.2016, in deren Rahmen die wesentlichen Fragen zu den Naturschutzfachlichen Themen abgearbeitet worden seien:

- Nach nochmaliger Untersuchung und Kartierung konnte kein Vorkommen des Moorfrosches nachgewiesen werden.
- Zur Sicherung des Nahrungshabitats des Storches werden in unmittelbarer Umgebung entsprechende Kompensationsflächen hergerichtet. Die Umsetzung erfolgt in einem zeitlichen Vorlauf, sodass bei Baubeginn die Ersatzfläche zur Verfügung stehe.

Weiter in Bearbeitung sei die immissionsschutzrechtliche Einschätzung des benachbarten landwirtschaftlichen Betriebes und dessen Expansionsmöglichkeiten. Bis zur Sitzung des StA nach den Sommerferien (August) sollen die Entwürfe zu den Bauleitplänen erarbeitet werden. Der Feststellungs- und Satzungsbeschluss könne dann zum Ende des Jahres erfolgen. Nicht auszuschließen seien jedoch mögliche Klageverfahren.

### **TOP 11 Informationen**

#### **Unterbringung von flüchtenden Menschen – Schaffung und Herrichtung von Unterkünften**

Herr Schoch berichtete aus der Steuerungsgruppe im April.

Folgende Grundstücke (lfd. Nr. der ursprünglichen Gesamtübersicht) blieben weiterhin in der Diskussion:

1 – Niedersachsenring, Nüttermoor

2 – Reetweg/Binsenberg, Heisfelde

6 – Dorfstraße, Heisfelde

7 und 8 – Moorweg/Bahndamm/Parallelweg, Heisfelde

15 – Mettjeweg/südl. Sandkrugsiedlung

22 – Breslauer Straße 42

27 – Bingumgaster Straße, Bingum

28 – Östliche Georgstraße (Bahngelände)

Alle Grundstücke seien grundsätzlich für den sozialen Wohnungsbau mit Integration geeignet und verblieben in der Diskussion. Mit Ausnahme der Nummer zwei seien alle Grundstücke planungsbedürftig.

## **TOP 12    Anfragen**

Es wurden keine Anfragen gestellt.

## **TOP 13    Einwohnerfragestunde zu den behandelten Tagesordnungspunkten**

Es wurden keine Fragen gestellt.

gez. Hans Fricke

gez. Beatrix Kuhl

gez. Holger Behrens

Vorsitzender

Bürgermeisterin

Protokollführer

F.d.R.:

Protokollführer